A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 12. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltungsblatt, Sportblatt, Kraft und Stoff, Schutzverkehr, Reisen und Wandern; Dienstags: Illustriertes Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Wirtschaft und Recht; Mittwochs: Bilder-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Donnerstags: Sportblatt, Leben und Lernen, Unterhaltungsblatt; Freitags: Illustrierte Moden-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Sonnabends: Illustriertes Sportblatt, Frau und Welt, Unterhaltungsblatt.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 6980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich „ℳ 12.—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Raum und Stelle in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Preis von „ℳ 2.— für die 43 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. „ℳ 6.— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Mittwoch, 12. Oktober 1921 — 60. Jahrg. — Nr. 479 — B 165

Tages-Spiegel.

In London und Paris protestierten die deutschen Botschafter gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes.

★

Pariser Blätter erklären, daß die Entscheidung über Oberschlesien im Sinne einer Teilung gefallen ist und heute abend den alliierten Regierungen mitgeteilt werden wird.

★

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien vertagte der preußische Landtag seine heutige Sitzung auf morgen.

★

Heute wurde in Genedig die Konferenz über die Burgenlandfrage eröffnet.

★

Branting übernimmt in dem neuen schwedischen Kabinett das Präsidium und das Ministerium des Aeußern.

★

Der Dollar stieg heute auf 131¼.

Otto von Gierke †.

Geheimer Justizrat D. Dr. Otto von Gierke, der berühmte Rechtslehrer der Berliner Universität, ist am Montag abend in seiner Charlottenburger Wohnung nach langen Leiden gestorben.

Die Trauerfeier findet am Freitag 11 Uhr im Hause Carmerstraße 12 in Charlottenburg statt.

Einer der besten deutschen Männer, einer der hervorragendsten Geister Deutschlands und der Gegenwart, ist mit Otto von Gierke aus den Reihen der Lebenden geschieden. In diesem großen Juristen war nicht bloß die Wissenschaft vom Recht und vom Staat lebendig verkörpert; er war zugleich der treueste Hüter des Erbes ursprünglicher deutscher Rechtsgedanken, die in langen Jahrhunderten unter der Einwirkung romanischer Rechtskultur vergessen, ihm ihre Wiedererweckung und Wiederbelebung verdanken sollten. Sein großes Werk über das deutsche Genossenschaftsrecht, dessen 1. Band 1868 erschien, ist nicht nur aus der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, sondern auch der Geschichte des deutschen Rechtlebens, der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung unserer Zeit gar nicht wegzudenken. Einen Grundbegriff germanisch-deutschen Rechtsdenkens, den Genossenschaftsbegriff, hat er in den Mittelpunkt dieses Werkes gestellt, und die deutschen Körperschaften jeder Art, der Staat, die Kirche, die Gemeinde, die Verbände des Handwerks, des Handels, die Familie nach ihrem Verhältnis zu diesem Zentralbegriff untersucht. Er hat, von der Genossenschaftstheorie seines Lehrers Beseler ausgehend, in diesem Werke nicht bloß als erster das Wesen der Genossenschaftlichkeit, sondern zugleich die Stellung des Einzelnen in der Gemeinschaft, die Einheit in der Vielheit, das Verhältnis von Freiheit und Gebundenheit in der deutsch-rechtlichen Genossenschaft in alle Weiten und Tiefen des Rechtslebens hinein erforscht und dargestellt.

Gierke hat nicht gegögert, die Ergebnisse dieser gewaltigen Arbeit dem geltenden Recht dienstbar zu machen. Das geschah zuerst in dem Buche: „Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung" (1887), dann aber in seiner Aufsehen erregenden Kritik des Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch, schließlich in seinem großen Werk über „Deutsches Privatrecht" (seit 1895). Auf diese Werke in erster Linie ist die Durchdringung des heutigen deutschen bürgerlichen Rechts mit deutschen Rechtsgedanken zurückzuführen. Seine tiefen rechtsphilosophischen Kenntnisse und Ideen, deren Denkmal z. B. im „Deutschen Genossenschaftsrecht" eine Darstellung der Staatstheorie seit dem Mittelalter ist, hat der Begründer der organischen Staatstheorie auch dem vielbewunderten Werke über „Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorie" zuteil werden lassen.

Als Rechtslehrer war Gierke aufs engste mit der deutschen Reichshauptstadt verwachsen. Der geborene Pommer — ein Sohn des 48er Ministers und späteren Gerichtspräsidenten Julius Gierke — habilitierte sich hier im Jahre 1867. Hierher kehrte er 1887, nachdem er eine Reihe von Jahren in Breslau und Heidelberg tätig gewesen war als Nachfolger Beselers zurück. Von hier aus wirkte er — allzeit bis in sein höchstes Alter ein freiheitlicher Geist — als einer der Führer der Deutschen Juristentages, als Vorsitzender der Juristischen Gesellschaft, im Verein für Sozialpolitik, in der Fakultät und in der Presse. Hier erhielt er im Jahre 1911 den preußischen Adelsstand. Hier beging er am 11. Januar dieses Jahres die Feier seines 80. Geburtstages. Die Liebe und Verehrung, die ihm damals in zahllosen Kundgebungen der Kollegenschaft, der Presse, ja des ganzen gebildeten Deutschlands zuteil wurde, wird dem hervorragenden Manne, dessen Bild wir in ungeschwächter Erinnerung tragen, auch nach seinem Tode erhalten bleiben.

A. M.

Krieg im Frieden.

Tokio, 12. Oktober. (E. C.) Das russische Kanonenboot „Batavia", welches die Flagge der Regierung von Wladiwostok gehißt hatte, hielt am letzten Freitag den englischen Dampfer „Glasgow Mariner" in der Nähe von Japan an und forderte von ihm die Auslieferung von 700 Tonnen Lebensmitteln. Der britische Dampfer hißt in den Farben. Die „Batavia" eröffnete das Feuer auf den englischen Dampfer, wurde dann aber von zwei Kanonenbooten verjagt.

Die Konferenz für Besatzungskosten.

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) Nach der „Chicago Tribune" soll die alliierte Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten nunmehr doch in Brüssel abgehalten werden und zwar am 17. Oktober. Briand wird den Vorsitz führen und den Vorschlag machen, die Besatzungskosten jeweils in kürzesten Zeitabständen zu berechnen nach dem Durchschnittskurs der einzelnen Länder.

Entscheidung in Genf gefallen.

Telegramme aus Oberschlesien.

Vom Deutschen Ausschuß.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.)

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat heute ein Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gesandt, in dem es u. a. heißt:

Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuß von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die demokratische und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für unverantwortlich halten. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrsinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein.

Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verfechte, ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier vielleicht schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart! Wir sind ob!

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien.
gez. Dr. Lukaschek.

Von den Deutschnationalen.

Breslau, 11. Oktober. (W. T. B.) Aus Oberschlesien wird gemeldet: Der Landesvorstand Oberschlesien der Deutschnationalen Volkspartei hat heute ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, worin es heißt:

Wir fordern den Herrn Reichskanzler in letzter Stunde auf, jede Vergewaltigung des deutschen Oberschlesiens unter allen Umständen abzulehnen. Niemals darf das Deutsche Reich zugeben, daß wir um die Früchte dieses Sieges, um unser freies Selbstbestimmungsrecht betrogen werden. Wir stellen uns hinter jede Maßnahme der Reichsregierung, die geeignet ist, Oberschlesien ganz und ungeteilt dem Reiche zu erhalten.

Von der Sozialdemokratischen Partei.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat ein Telegramm an den sozialdemokratischen Parteivorstand Berlin gesandt, in dem gesagt wird:

Die kommende Entscheidung soll entscheiden, unser Recht und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landes und seiner Bevölkerung nicht berücksichtigen, sondern der französisch-polnischen Allianz Rechnung tragen. **Für die katastrophalen Folgen einer solchen Entscheidung können weder der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund noch die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens die Verantwortung übernehmen.** Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen deshalb an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Aemter im Reichskabinett niederzulegen.

Von den Deutsch-Demokraten.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Deutsche demokratische Partei Oberschlesiens hat heute an den Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem sie sagt:

Wird der Sachverständigenvorschlag zur Tatsache, so fordern wir von der Reichsregierung, in völliger Erkenntnis der für die abgetretenen Gebiete erwachsenden Folgen, die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der gestaunten rechts- und vernunftwidrigen Lösung. Wir können uns keine deutsche Regierung vorstellen, die diesen offenbaren Rechtsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerbundsrat das Recht beugen will, dann muß er allein die Verantwortung für die Verwüstung der kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Werte Oberschlesiens tragen, die es einzig und allein Deutschland zu verdanken hat.

Vom Zentrum.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens beschloß heute an den Reichskanzler:

Die Durchführung einer Teilung Oberschlesiens, die die tatsächlichen Verhältnisse ganz außer acht läßt, würde den Wirtschaftsleben Oberschlesiens und eine dauerte friedlicher Beziehungen des europäischen Friedens sein. Wir erwarten eine alsbaldige Erklärung der Reichsregierung, daß eine solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

Kundgebung in Breslau.

Breslau, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Stadt Breslau ruft ihre gesamten Einwohner angesichts der großen Beunruhigung durch die Genfer Nachrichten für Freitag, nachmittag 4 Uhr, zu zwei großen Kundgebungen auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle auf. Es werden voraussichtlich Redner aller Parteien und Berufsverbände sprechen. An sämtliche Geschäftsinhaber, industrielle Unternehmungen und Behörden wird der Aufruf ergehen, ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten die Teilnahme an den Kundgebungen zu ermöglichen und die Betriebe möglichst um 3 Uhr nachmittags zu schließen.

Französische Schmuggler verhaftet.

R. Mainz, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Gendarmerie verhaftete zwei französische Großkaufleute, die während der Zeit der „Sanktionen" einen umfangreichen Warenschmuggel über die Westgrenze in der Weise betrieben hatten, daß sie an die kontrollierten französischen Heereszüge Waggons mit Schmuggelwaren anhängen ließen.

General Rollet bleibt in Berlin.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Der Divisionsgeneral Rollet, der Vorsitzende der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Deutschland, der an Stelle des Divisionsgenerals Nivelle zum Mitglied des Obersten Kriegsrates ernannt wurde, behält seine gegenwärtige Tätigkeit bei.

Die Zerstückelungspläne.

Die durch die Nachrichten über die bevorstehende ungünstige Entscheidung des Völkerbundsrats entstandene Lage hat auch in den heutigen Mittagsstunden noch keine Klärung erfahren. Zuverlässige Mitteilungen über das Gutachten des Völkerbundsrats liegen auch jetzt noch nicht vor. Allem Anschein nach wird die Stellungnahme des Völkerbundes im Laufe des heutigen Tages endgültig festgelegt werden. Es ist aber anzunehmen, daß das Gutachten des Völkerbundsrates spät veröffentlicht werden wird, wenn es dem Obersten Rat zur Prüfung vorgelegen hat.

Das Reichskabinett, das gestern abend 7½ Uhr die Sitzung abgebrochen hatte, ist heute morgen kurz nach 9 Uhr wieder zusammengetreten, um über die Konsequenzen zu beraten, die sich ergeben würden, wenn die Entscheidung über Oberschlesien tatsächlich so fallen würde, wie es nach den bisher vorliegenden privaten Nachrichten den Anschein hat. Das Kabinett hat um 11½ Uhr die Beratungen abgebrochen, ist aber bereits um 12 Uhr wieder zu einer neuen Sitzung zusammengetreten.

Sehen aus den Dauerberatungen des Kabinetts ergibt sich der Ernst der Lage, der sich auch in der Presse deutlich widerspiegelt. Es wird die Frage erörtert, ob das Kabinett bereits jetzt seinen Rücktritt erklären solle oder, ob es damit warten solle, bis die endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gefallen ist. Es wird über Unstimmigkeiten im Kabinett berichtet; es heißt es, daß der Reichskanzler, der Außenminister usw. für sofortigen Rücktritt seien, während die sozialdemokratischen Minister erst noch eine abwartende Haltung einnehmen wollten. Es handelt sich hier durchweg um Gerüchte, die stets die Folge so aufgeregter Tage sind, die aber einer sicheren Grundlage entbehren, da über die Verhandlungen des Kabinetts das strengste Stillschweigen bewahrt wird.

Verlautet ist der Ausnützige Ausschuß des Reichstages noch nicht einberufen, auch ist aber eine frühere Einberufung des Reichstages selbst eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt. Es ist möglich, daß noch im Laufe des heutigen Tages weitere Beschlüsse gefaßt werden wird.

Der preußische Landtag hat die heutige Sitzung auf morgen vertagt, weil die bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß der jetzige Augenblick zur Austragung der auf der Tagesordnung stehenden innerpolitischen Streitigkeiten sich nicht eigne.

— r.

„Die beste Lösung!"

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.)

Die meisten Blätter erklären heute vormittag, **daß die Entscheidung in Genf gefallen ist und daß der Völkerbundsrat sie heute abend dem verzeigten Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitteilen wird. Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird jedenfalls Ende dieser Woche bekannt gegeben werden.**

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) **„Echo de Paris" schreibt und der brasilianische Vertreter da Cunha hatte es dem Vertreter des „Matin" bestätigt, daß die Arbeit des Völkerbundsrates beendet ist. Nach „Echo de Paris" wird mit Annahme von Kattowitz und Königshütte das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen. Die wirtschaftliche Einheit soll durch eine Internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte den Vertreter des „Matin": Wir sind froh über die Abgeschlossenheit des Rates, den wir dem Obersten Rate gegeben haben. Wir sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben.**

„Petit Parisien" bestätigt die Meldung „Echo de Paris" und erklärt, daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden, und daß während einer Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten werden soll.

Hierzu meldet (E. C.):

In den Wunsch, zu einem Beschluß zu kommen, hat die Konferenz am Montag vier Sitzungen abgehalten, von denen die letzte sich bis nach Mitternacht hinzog. Als sie ihre Arbeiten beendet hatte, berief sie die vier übrigen Mitglieder im Völkerbundsrate, nämlich den Grafen Ishii, Balfour, Bourgeois und den Marquis Imperiali. Darauf trat der Völkerbundsrat zweimal zu geheimer Sitzung zusammen. Wellington Koo, Hymans, Da Cunha und Quiñones de Léon verlasen nun die verschiedenen Paragraphen und erläuterten die vorgeschlagene Lösung. In dem kleinen Hause in der Avenue Maurice Monnier hat der Rat des Völkerbundes den Teilungsplan über Oberschlesien einstimmig gebilligt.

Mitteilung an die Alliierten.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Agence Havas meldet: Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat morgen seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage den alliierten Regierungen mitteilen wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheimhalten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Briand bekanntgeben werden.

Nach dem „Journal des Débats" ist es wenig wahrscheinlich, daß der Oberste Rat zusammentreten müsse, um die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage zur Kenntnis zu nehmen und sich für oder das vom Völkerbunde abgegebene Gutachten auszusprechen.

Der Protest der deutschen Botschafter.

Paris, 12. Oktober. (E. C.)

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, entsiegelten sich gestern ihrer Aufträge auf dem Quai d'Orsay bzw. im Foreign Office und legten Protest gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes ein.

Dem „Echo de Paris" zufolge führte Dr. Mayer aus, daß der Versailler Friedensvertrag die Teilung des oberschlesischen Gebietes nicht gestatte. Wenn aber dem Rechte Deutschlands Gewalt angetan werden sollte, könne das Kabinett Wirth nicht weiter in seiner persönlichen Fassung bekarren und das Kabinett von Wiesbaden, die Abrüstung usw. würden hinfällig werden. Dr. Mayer habe auch von der Möglichkeit einer Demission des Kanzlers gesprochen.

Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Sthamer, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung Wirth laufe, wenn den gerechten Ansprüchen Deutschlands auf Oberschlesien nicht Genugtuung widerfahre. Dem „Petit Parisien" zufolge hätte Lord Curzon die Unterredung kurz abgebrochen und dem deutschen Botschafter ohne Zweideutigkeit erklärt, daß die englische Regierung gebalbig die Entscheidung des Völkerbundsrats erwarte und in dieser Angelegenheit weder eine Aufgabe kenne, nämlich die vollkommene Durchführung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

★

Der Bericht der französischen Blätter macht einen durchaus tendenziösen Eindruck. Das dürfte namentlich gelten von dem Empfang des Botschafters Sthamer durch Lord Curzon. Als völlig ausgeschlossen muß es gelten, daß der Botschafter Dr. Mayer erklärt habe, daß die Abrüstung hinfällig werden würde, wenn dem Rechte Deutschlands in der oberschlesischen Frage Gewalt angetan werden sollte. Es trifft zu, daß der Botschafter Sthamer eine Unterredung mit Lord Curzon und der Botschafter Mayer eine Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand gehabt haben. Es ist selbstverständlich, daß die beiden Botschafter noch einmal nachdrücklich den Standpunkt der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage dargelegt und auf die nachteiligen Folgen hingewiesen haben, die eine ungerechte Entscheidung bezüglich Oberschlesiens für die innere und Außenpolitik Deutschlands haben müßten.

Frankreich und das Kabinett Wirth.

Paris, 12. Oktober. (E. C.)

Die französische Presse erklärt zur oberschlesischen Angelegenheit, daß für Deutschland keine Hoffnung bestehe, den bereits gefaßten Beschluß des Völkerbundsrates irgendwie noch in letzter Stunde beeinflussen zu können. Wenn die Regierung Wirth ihre Demission gehen wolle, so würde man ihr in Paris nicht viel Tränen nachweinen. Denn sie beweise durch ihre Demission, wie das „Petit Journal" ausführt, daß sie entweder schwach sei oder aus Berechnung handle. Wenn das Kabinett Wirth nicht in der Lage wäre, jetzt die öffentliche Meinung in Deutschland so zu beeinflussen, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien ruhig hinnehme, dann könnte man sich in Frankreich über das Verschwinden dieser Regierung trösten, weil man ihr wegen der Durchführung anderer eingegangener Verpflichtungen kein Vertrauen entgegenbringen könne. Das „Petit Journal" glaubt nicht, daß die Regierung Wirth wirklich so schwach sei, wie sie sich stelle. Durch Demissionsdrohungen hofften die Mitglieder der Regierung Wirth die Alliierten zu bewegen, um sich dadurch den Beifall der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Der „Matin" gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth sehr wohl gewußt habe, daß Deutschland das oberschlesische Industriegebiet niemals zufallen würde. Demnach habe die Regierung Wirth in dieser Hinsicht im Volke unerfüllbare Hoffnungen genährt.

England und Frankreich unterwerfen sich dem Spruch.

I. N. S. London, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das englische Auswärtige Amt erklärt das in Genf getroffene Urteil, wonach England beabsichtigen soll, einer den Polen günstige Lösung der oberschlesischen Frage Widerstand entgegenzusetzen, für durchaus unbegründet. **Amtlich wird erklärt, Briand und Lloyd George hätten sich darüber verständigt, daß die vom Völkerbund erfolgte Entscheidung von beiden Mächten erfüllt werden soll.** Amtlich wird ferner hier betont, daß jeder seitens Deutschlands unternommene Versuch, der Entscheidung des Völkerbundes mit Gewalt entgegenzutreten, ebenfalls mit Gewalt verhindert werden soll.

Das Sterben der russischen Jugend.

Kopenhagen, 11. Oktober. (W. T. B.) Wie „Politiken" aus Riga gemeldet wird, herrscht die Hungersnot in Rußland immer mehr Opfer, besonders unter den Kindern. In Samara-Gebiet verlassen die Eltern massenhaft ihre Kinder, töten diese sogar in vielen Fällen, um die notwendigen Lebensmittel für sich zu behalten. In einem Zug, der mit 700 Kindern von Moskau abfuhr, befanden sich bei der Ankunft in Petersburg nur noch 300, 200 Kinder waren unterwegs gestorben und 200 mußten infolge schwerer Erkrankungen unterwegs zurückgelassen werden.

Die Konferenz in Venedig.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 12. Oktober.

An der heute eröffneten Konferenz in Venedig nehmen unter anderem teil: Marchese della Torretta nicht seinem Kabinettschef, als Vertreter Ungarns Graf Bethlen und Minister Banffy und der ungarische Gesandte in Rom Graf Rennesch, für Oesterreich Kanzler Schober und der Gesandte in Rom Mirabelmeda und General Ferrario, Mitglied der italienischen Militärmission in Wien. Die Sitzungen finden statt im Palazzo Cornaro, dem Prachtbau Sansovinos am Canale Grande.

Große Pforte der Kleinen Entente.

Belgrad, 12. Oktober. (E. C.) Die gesamte Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Konferenz in Venedig und konstatiert, daß die Beschlüsse dieser Konferenz für die Staaten der Kleinen Entente nicht bindend sein können, da der Zweite Teil dieser Konferenz ohne Vorbesprechungen mit den Staaten der Kleinen Entente einberufen hat. Der Ministerrat beschäftigte sich ausführlich mit der Venediger Konferenz und beschloß, zwecks der Ablehnung derselben abzumarschieren. Es wurde jedoch bereits festgestellt, daß diese Politik des Obersten Rates den Staaten der Kleinen Entente gegenüber unkorrekt war.

Die südslawische Regierung hat den Vertretern der Großmächte eine Note überreicht über die ungarischen Greueltaten in den evakuierten Gebieten in Banatya. Auch der englische Gesandte in Belgrad hat im gleichen Sinn interveniert und ein für die ungarische Regierung belastendes Material vorgelegt. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat eine Zeitkommission gebildet, die aus je einem diplomatischen und einem militärischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens besteht und nach Banatya reisen wird, um die Beschuldigungen der südslawischen Regierung zu prüfen. Diese Kommission wird eine Untersuchung im Burgenlande vornehmen.

★

Budapest, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Reparationskommission der Entente, deren Präsident der französische Oberst Barès ist, hat in Ungarn 110 Flugzeuge und 73 Motoren beschlagnahmt, eine Ziffer, welche die gesamte Militärflugzeugausrüstung einschließlich der Handelsfahrzeuge in sich begreift.

Sanierung der österreichischen Finanzen.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 11. Oktober.

Der Finanzminister hat heute im Finanzausschuß des Nationalrats den bereits angekündigten Finanzplan zur inneren Sanierung erörtert. Es bestätigt sich die frühere Meldung, daß alle finanziellen Zwangsmaßnahmen unterbleiben und weder eine Notenemission noch eine Depotpferre oder Zwangsanleihe stattfindet. Die Regierung wird eine innere Anleihe aufnehmen, welche von England garantiert werden dürfte. Ferner werden durch strenge Bestimmungen sämtliche Steuerrückstände zu bezahlen, Bezahlung ihrer rückständigen und laufenden Steuern gezwungen werden. Auf Steuerrückstände werden hohe Verzugsgebühren ausgeschrieben. Schließlich werden neue Steuern, die speziell die Agrarier treffen sollen, und eine Novellierung der Personaleinkommensteuer verfügt werden und verschiedene Steuerreformen erfolgen. In das neue Finanzprogramm gehört auch der unter der Garantie der Wiener Banken aufgenommene 250 Millionen Markkredit. Der neue Minarbeiter des Finanzministeriums, Bankdirektor Dr. Rosenberg, erhielt den Titel eines Bevollmächtigten Ministers.

Wie I.E. aus Wien meldet, hatten die Wiener Banken und Bankiers gestern eines neuen Anlaufnum des Publikums zu bestehen, das durch Gerüchte über eine bevorstehende Sperre der Konti und Depots sowie über die Absicht einer Zwangsanleihe sehr beunruhigt war und die Herausgabe der eingelegten Gelder und Effekten verlangte. Vor den Schaltern der Banken drängten sich die Massen herum, bis die Beamten kaum imstande waren, ihren Dienstes zu walten. Selbst bekannte Finanzleute und Industrielle bereitigten sich an den Kassen. Erst als in den Nachmittagsstunden die Regierung offiziell verlautbarte, daß sie weder die Konten sperren noch die Kasten abtragen wolle oder ähnliche Zwangsmaßnahmen beabsichtige, trat einigermaßen Beruhigung ein.

Brantings Ministerliste.

Stockholm, 11. Oktober. (W. T. B.) Branting hat dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Ministerpräsident und Minister des Aeußern Branting, Wehrminister: P. A. Hanson, Soziales: Herm. Lindquist, Verkehr: Börne, Finanzen: Thorson, Unterricht: Olof Olsson, Landwirtschaft: Sigurd Lindberg, Handel: C. E. Svensson, ohne Portefeuille: Sandler, Rothin und Schlyter.

Japan räumt Sibirien nicht.

P. London, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß die japanische Regierung die Meinungsverschiedenheit mit Frankreich über die Politik in Indo-China der Washingtoner Konferenz vorlegen wird.

Bezüglich der Antwortnote Chinas an Japan teilen die Tokioer Blätter mit, daß Japan daraus die Konsequenzen gezogen habe und seine Truppen aus Sibirien nicht zurückziehen werde. Auch sei die teilweise Zurückziehung der japanischen Streitkräfte in Korea rückgängig gemacht worden, weil man befürchtet, daß von China neue Bewegungen an der koreanischen Grenze veranlaßt würden, wo sich chinesische Truppenverbände befinden.

Vorbesprechung für Washington.

Washington, 12. Oktober. (E. U.) Hughes hat für Mittwoch die erste Sitzung der amerikanischen Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz zusammenberufen.

London, 11. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Wellington (Neuseeland) wollte Walter mit Sir John Salmond Neuseeland auf der Washingtoner Konferenz vertreten werden.

Epilog zu Genf.

Von

Dr. Max Adler-Genf.

„Der zweite Kongreß des Völkerbundes ist eine Enttäuschung gewesen. Mit Ausnahme der Einsetzung des internationalen Gerichtshofes, die jedoch nur die Ausführung eines Beschlusses der vorjährigen Versammlung bedeutete, ist in dieser Session kein Versuch unternommen worden, der dazu hätte dienen können, das Versprechen zu erfüllen, daß Kriege verhindert werden sollen. Alle Versuche, aus dem Pakt Wirklichkeit zu machen, gingen von den Delegierten der kleinen Staaten aus und wurden von den Vertretern der Großmächte verhindert. Alle wichtigen Gegenstände der Tagesordnung wurden vertagt und werden nicht eher zur Diskussion gelangen, als bis die Großmächte es in aller Ruhe beschließen können. Das Interesse an den Arbeiten des Kongresses hat sich ständig vermindert. Seine Beratungen waren immer verworren, häufig langweilig, selten entscheidend."

Mit diesen Worten kennzeichnet der Genfer Korrespondent der „New York World" den Kongreß, der gar noch nicht zu Ende ist, denn man aber deutsch bereits den Epilog, wenn nicht gar den Nekrolog schreiben kann. Wie dann wegen des langen Zögerens um Vertagung, aber eine amerikanische Stimme gilt in diesem Falle vielleicht mehr als eine deutsche. Es wird auch gut sein, wenn man in Deutschland weiß, daß die gesamte amerikanische Oeffentlichkeit, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, auf diesen Ton gestimmt ist. Mit Recht. Der Verlauf dieses Kongresses wird von der Presse derjenigen Länder beschädigt werden, deren politisches Interesse in dieser Richtung liegt. Deutschland hat dazu nicht die geringste Veranlassung und man kann also in aller Offenheit aussprechen, daß dieser zweite Kongreß nichts anderes als eine Blamage für den Völkerbund gewesen ist. Eine Entschuldigung dafür ist vorhanden: sie liegt darin, daß sich die Großmächte mit Rücksicht auf die bevorstehende Zusammenkunft von Washington natürlich die größte Zurückhaltung auferlegen mußten und daß das Ganze infolgedessen eine Art Verlegenheitsveranstaltung war, an der alle Beteiligten nur mit offenbarer Unlust teilnahmen. Allein die Tatsache, daß sich das Verhalten dieser Versammlung erklären läßt, kann vom deutschen Standpunkt aus noch kein Grund sein, ihr vollkommenes Mißlingen zu verbergen.

Welches waren die praktischen Ergebnisse dieses Kongresses? Es gibt keine. Es gibt buchstäblich kein einziges. Man müßte den ganzen Verlauf der Verhandlungen rekapitulieren, um zu zeigen, wie bei jeder einzelnen Frage, die auch nur ein wenig von der politische Gebiet kreiste, immer wieder dieselbe Methode angewendet wurde: Vertagung oder Feststellung einer Parteien, die keinen Beschluß zu fassen erlaubt, und schließlich Vertagung. Das Verfahren wurde allmählich so stereotyp, daß es von vielen Delegationen selber peinlich empfunden wurde. Niemand reiste mitten in den Verhandlungen ab und das sagt eigentlich alles. Welcher Unterschied gegenüber dem Vorjahre! Damals wurde der Kampf der Neutralen und der übrigen Nationen — gegen die vor herrschende Stellung der alliierten Großmächte, der ja vorläufig den ganzen Lebensinhalt des Bundes ausmachte, mit Lebhaftigkeit geführt und man konnte für die Zukunft einige Hoffnung hegen. Aber diesmal war der Ansturm der Opposition bereits erlahmt, die Alliierten hatten sich kaum noch veranlaßt zu unterbrechen und als Balfour am letzten Tage der Verhandlungen sogar ganz offen die Notwendigkeit von Geheimverträgen betonte (er sprach von Defensiv-Abkommen, aber was kann man nicht alles unter diesem Begriff zusammenfassen?), da war das eigentlich nichts anderes wie ein Schlag ins Gesicht des Völkerbundes.

Die unerschütterte die Vorherrschaft der alliierten Großmächte innerhalb des Bundes geblieben ist, erkennt man am besten an den Beratungen über Art. 20 des Paktes, der nach der Auffassung der Großmächte die Eintimmigkeit bei allen Veränderungen der Verfassung forderte. Frankreich und Polen gaben in diesem Punkte nach und stimmten einer Interpretation zu, wonach nur Zweidrittelmehrheit notwendig sei. Aber — und hier liegt der Hund begraben — bei dieser Zweidrittelmehrheit müssen sich sämtliche Staaten befinden, die im Rate vertreten sind und da nun die alliierten Großmächte zu den ständigen Mitgliedern des Rats gehören, so kann also doch wieder keine Veränderung des Paktes vorgenommen werden, wenn auch nur eine dieser Großmächte ihre Zustimmung verweigert. Was sieht aus diesem Beispiel als sicherlich kunststücken jede liberale Entwicklung des Paktes verhindert wird. Und was gab es sonst? Die Anträge auf Umgestaltung des Paktes wurden vertagt. Die Aufgabenträge zum Pakte: vertagt. Die Erledigung des Streites zwischen Polen und Litauen: vertagt. In diesem letzteren Falle gestehe es sich, wie gänzlich wirkungslos die moralische Waffe des Bundes ist, ja es hätte nicht viel gefehlt, daß zwei andere Bundesmitglieder, Serbien und Rumänien, während der ganzen Dauer der Versammlung faste fahen, draußen in offenen Krieg miteinander geraten wären. Welche Satire auf den praktischen Wert des ganzen Gerüchts! Am amüsantesten aber war es — oder, wenn man will, am traurigsten —, wenn die großen Fragen zur Sprache kamen, deren Lösung die Völker von der Schöpfung Wilsons erwarteten. Herr Balfour stellte fest, daß die Abrüstung schwierig sei, weil es in der Welt so unruhig sei, und der Italiener Schanzer sagte gelehrt auseinander, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Streitbestimmungen ebenfalls auf Schwierigkeiten stoße, weil diese Bestimmungen von der Voraussetzung eines Friedenszustandes ausgingen. Wenn Sanzer Recht zu auf der Galerie gesessen hätte, würde er an allen diesen Reden seine helle Freude gehabt haben. Aus ihnen spr